Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 227 | Dresden, Mittwoch den 29. September 1926 | 37. Jahrg.

Schwarze Reichswehr und Umsturzspiel

Deutschnationale Führung der Putschorganisationen — Buchruckers Losschlagen — Das Haupt der Fememörder

D. Berlin, 28. September. (Eig. Bericht.)

Der Feme-Ausschuß des Preußischen Landtags trat am Dienstag wieder zu einer Sitzung zusammen, die nichtöffentlich war und zur Festlegung des Protokolls über die Aussagen des Zeugen Schmidt über die Schwarze Reichswehr diente. Der Ausschuß stimmte zu, gewisse Teile geheimzuhalten wegen der Verhandlungen mit Frankreich. Der Ausschuß stellte dann die Oeffentlichkeit wieder her und brachte die revidierten Aussagen des Zeugen Schmidt unter Weglassung der von der Reichsregierung beanstandeten Stellen zur Verlesung. Die Aussage bezog sich zunächst auf den Inhalt des Gespräches, an dem beteiligt zu sein der deutschnationale Abgeordnete Jahnke bestritten hatte. Nach der Aussage des Zeugen war er, Zeuge, nach Gollnow geschickt worden zur Erforschung der Vorgänge und der Umstände, die Buchrucker veranlaßt hatten, den sogenannten

Küstriner Putsch

durchzuführen. **Die Rolle des Abg. Jahnke sei maßgebend gewesen.** Nach Angabe von Jahnke sei der Abbruch des passiven Widerstandes als Termin zum Losschlagen bezeichnet worden. Der Zeuge wurde weiter vernommen über das Thema **„Feme, Fememörder, ihre Organisation im Zusammenhange mit der Schwarzen Reichswehr"**. In den Sabotageakten beteiligten sich nach der Umstellung des ursprünglichen Planes die angeschlossenen Verbände. Im Februar 1923 fand dann die Sitzung statt, in der

Ludendorff ausgerufen wurde als Führer der Wehrverbände

in Berlin. Diese Verbände verfolgten nicht bloß Zwecke der Landesverteidigung, sondern versteckt auch die Absicht, **einen Umsturz vorzubereiten.** Weil das nicht innerhalb der legalen Reichswehr ging, mußten die Arbeitskommandos besonders geführt werden. Im Wehrkreis III (Berlin) waren die Bedingungen besonders günstig, weil hier die Freiwilligen **nicht in die Kompanien gestellt** wurden, sondern gleich in die Arbeitskommandos, **deren Leitung** Oberleutnant Schulz **hatte. Diese Arbeitskommandos** dürften nur als Waffensammelstellen zu betrachten. **Die Zahl ihrer** Mitglieder war weit größer als genehmigt war. **Um zu verhindern,** daß die politischen Parteien hinter die Sache kamen, war **der einfachste, die Mitglieder der Schwarzen Reichswehr auf die** Fahne vereidigt wird. Man vereidigte die Leute nur teilweise. Man stellte ihnen anheim, nach ihrem Belieben zu handeln, aber wenn sie erwischt würden, wären sie hin. Es stand fest, daß Verrat begangen wurde. Darum mußte man zu einer

eigenen Gerichtsbarkeit in der Schwarzen Reichswehr

greifen. Die Urteilsvollstreckung mußten wir entweder in unsere eigene Kappe nehmen oder die Reichswehr mußte sehen, wie sie die Sache deckte. — Der Zeuge berichtete sich dann darüber, **daß Major Buchrucker auf legalem oder illegalem Wege Reichswehrminister an Geßlers Stelle werden** sollte. Als Zeitpunkt des Losschlagens wollte man den Abbruch des Widerstandes wählen. Es zeigte sich aber, je näher der Termin herankam, daß die

Reichswehroffiziere, die zur Verschwörung gehörten,

sich zurückzogen und nicht mehr recht zum Entschluß kommen wollten. In dieser Situation erklärte Buchrucker, daß er von sich aus handeln wolle. Es war vorgesehen, daß **die Regierung beseitigt und die Gewalt von der Reichswehr übernommen werden sollte.** Ehrhardt, der inzwischen befreit war, wollte als Reserve aus Bayern eingreifen. Buchrucker legte den größten Wert darauf, auch über die politischen Vorgänge und die Sabotageakte informiert zu sein. Die Zusammenarbeit zwischen der Sabotageaktion und der Buchruckerschen Organisation der Landesverteidigung

vermittelte der Abgeordnete Jahnke.

Er war einerseits Leiter der Organisation im Rheinland und stand auch mit Buchrucker in Fühlung. Anderseits war er **der Leiter der Schwarzen Reichswehr,** Vertrauensmann des Justizrats Claß, der führend **aus dem Hintergrund die Sabotage leitete.**

Ueber die eigentliche Femeorganisation sagte der Zeuge aus: Die Arbeitskommandos befanden sich immerhin in einer Art Kriegszustand, und darum wurden auch die Kriegsartikel angewandt, freilich rücksichtsloser als sie während des Krieges gegen Verräter angewandt wurden. Wenn ein begründeter Verdacht gegen jemand bestand, dann wurde dessen Landesverrat

mit dem Tode bestraft.

Ein Verfahren bestand nur insofern, als der Bericht über den Verdacht geliefert und begründet wurde und dann nach oben ging, wo die Entscheidung erfolgte. Diese Entscheidung lag in der Hand des Oberleutnants Schulz als Organisator der Truppe. Die Behörden waren an der Sache nur insofern beteiligt, als sie **die Bestrafungen duldeten und deckten.** Die Ausführung aber lag in unsrer Hand. Diese Feme aber war nur eine Teilerscheinung der ganzen Aktion. Man hat sich auch an den jetzigen Reichspräsidenten von Hindenburg damals gewandt, **aber er hatte natürlich keine Ahnung von der Feme, sondern erklärte** nur als militärische Autorität, es sei ein Unding, unter den heutigen Verhältnissen einen Krieg gegen Frankreich zu führen. Auch die Beziehungen zu Abgeordneten waren nur politischer Art, und die Abgeordneten brauchten sich um die Feme nicht zu kümmern.

Die Befragung des Zeugen beschäftigte sich dann mit der Diktatur, die geplant war. Der Führer sollte Ehrhardt sein der Chef der O. C. Auch Minoux (Rhein-Elbe) und Major von Schleicher seien dafür gewesen. Als die Geschichte schließlich zum Klappen kam seien die Herren dann verschwunden und hätten Major Buchrucker die Sache machen lassen. Auch der Landbund habe Buchrucker im entscheidenden Augenblick die Gefolgschaft verweigert. Zu den Fememorden erklärte der Zeuge, daß die „letzte Entscheidung von oben" gefallen sei:

alles sei durch die Reichswehr gegangen.

Die Vorgänge wurden „nach oben gemeldet". Die letzte Entscheidung, daß jemand beseitigt werden sollte, habe Schulz gegeben; ohne Schulz habe nichts geschehen können. Die „Henker" seien die Kameraden des Zeugen gewesen. Auf die Frage, woher das Geld gekommen sei, erwiderte der Zeuge, die Leute wurden von der Schwarzen Reichswehr entlohnt. Die Ausübung der Justiz mit **stillschweigender Duldung der Reichswehr geschehen.** Die Befragung wandte sich dann der Unterredung vom 14. September zu, als über das Losschlagen Beschluß gefaßt wurde. **Der Landtagsabgeordnete Jahnke sei zugegen gewesen;** er habe die Nachricht über den günstigen Zeitpunkt auf Grund seiner Beziehungen zur Behörde gebracht.

Die weiteren Mordpläne

Abg. Deerberg (Dnat.): Wurde dabei auch die Ermordung **von Severing und Stresemann beschlossen?** Zeuge: Die stand längst vorher fest. Die Beseitigung Severings stand bereits im April fest. Auf die bereits wiederholt gestellte Frage des Abg. Deerberg, welche Unterlagen er für seine Behauptung der Beteiligung des Abgeordneten Jahnke habe, erwiderte der Zeuge, er werde zurückhalten und warten, bis Buchrucker vernommen sei. Es hätten mindestens 50 Besprechungen stattgefunden, in denen der Stoff behandelt worden sei. Jahnke sei zugegen gewesen gerade bei den maßgebenden Besprechungen.

Auf Fragen nach der Haltung der Reichswehr sagt der Zeuge, in der Reichswehr hätten zwei Strömungen bestanden. Die eine habe darauf gerechnet, daß sich die Entwicklung im Sinne der nationalen Pläne vollziehen würde, die andere Strömung habe auf illegalem revolutionären Wege früher losschlagen wollen.

Viele Reichswehrkommandeure seien an der Verschwörung beteiligt gewesen.

General von Seeckt stand nicht hinter dem Umsturzplan. **Man rechnete mit der Notwendigkeit Seeckt zu beseitigen.** Auf die Frage, ob trotz dieser gegnerischen Haltung des Chefs der Reichswehr die Umstürzler auf eine Unterstützung der Reichswehrangehörigen rechneten, erklärte der Zeuge: Die Reichswehr ist ein Instrument, das immer den Befehlen aus dem Reichswehrministerium folgt und so hätte sie auch den Befehlen gehorcht, die die mit uns verbundenen, Herrn von Seeckt unterstellten Organe über seinen Kopf hinweg erteilt hätten. Der Adjutant des Reichswehrministers Dr. Geßler, Kapitän Götting, ist beispielsweise ein persönlicher Freund von Ehrhardt.

Mittwoch wird die Aussage des Abg. Jahnke verlesen werden.

Der Weg über Thoiry

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist auf Donnerstag den 7. Oktober, vormittags 10 Uhr, einberufen worden. Die Sitzung wird der Besprechung der Verhandlungen in Genf und Thoiry gewidmet sein.

P. Paris, 28. September. (Eigener Drahtb.) Politisch bedeutsam ist eine Erklärung des Temps, in der es ausdrücklich als ein Irrtum bezeichnet wird, wenn man in Deutschland zwischen der Verständigungspolitik Briands und den Erklärungen Poincarés einen Widerspruch herausgefühlt zu müssen glaube. **Poincaré habe mit nicht geringerem Nachdruck als Briand die französische Friedens- und Verständigungsbereitschaft betont.** In seinen beiden Reden sei nicht ein Wort gefallen, das mit dem Geist von Locarno und auch in Thoiry eingeleiteten Politik in Gegensatz gebracht werden könne. Die Idee, von der die Diskussion in Thoiry beherrscht gewesen, sei vor allem die gewesen, daß **es sehr wohl möglich sei, zu einem loyalen Ausgleich der Rechte und Interessen der beiden Länder im Rahmen der bestehenden Verträge zu gelangen und ein Kompromiß abzuschließen, bei dem beide Länder gleichmäßig ihren Vorteil finden würden.**

Böhmische Regierungsschwierigkeiten

B. Prag, 28. September. (Eig. Drahtm.) Aus den Meldungen der tschechischen Presse ist zu entnehmen, daß die Reise des agrarischen Parteivorsitzenden und früheren Ministerpräsidenten Svehla zum Präsidenten Masaryk, der sich gegenwärtig noch in seinem slowakischen Sommersitz befindet, der Frage der Regierungsbildung gilt. Die bürgerlichen Parteien haben noch vor Eröffnung des Parlaments ein parlamentarisches Ministerium bilden, in dem allerdings drei der bisherigen Beamtenministern verbleiben sollen. Die nichtbürgerlichen Parteien, die zur Regierungsmehrheit gehören, sollen in der Regierung selbst keinen Sitz erhalten. Die sozialdemokratische Presse macht nun alle Anstrengungen, den Außenminister Benesch, den die Agrarier wieder in ihren Reihen wollen, aus dem neuen Kabinett auszuschließen. Benesch ist tatsächlich im Parteivorstand einer oppositionellen Partei, der tschechischen Nationalsozialisten, und wird in dem bürgerlich-reaktionären Kabinett eine sonderbare Figur machen. Es ist aber anzunehmen, daß Präsident Masaryk, der hier das letzte Wort zu sprechen hat, den Außenminister mit Aufgebot aller Kräfte halten wird.

Kein großer Wurf

Zur Denkschrift des Volksbildungsministeriums

H. F. Schon das Wort im Titel: „Neuordnung" riecht stark nach Bureaukratie, nach Oberflächlichkeit und Festhalten am Althergebrachten. Das 250 Seiten starke Buch macht ungeheuer viel Worte her; es gibt sich äußerst gelehrt. Das Endergebnis: der kreißende Berg hat ein Mäuslein, ein ganz kleines, geboren. Kein großer Wurf nach hohem, neuem Ziele. Eine an Einzelheiten herumdoktornde Kur nach dem schönen Motto: „Wasch' nur den Pelz, aber mach' ihn nicht naß!" Konzept: Philologenmethode alten Stils! An diesem Gesamtbilde ändern auch die vielen schön und modern klingenden Redensarten nichts, die das Buch auf allen Seiten füllen. Viel Geräusch und wenig Wolle.

Zur Sache: Jede ernste, im modernen Schulgeiste beabsichtigte Reform muß eine gründliche Umgestaltung der höheren Schulen im Sinne des Einheitsschulgedankens bringen! So war die Sache nach langer, reiflicher Ueberlegung und Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände unter sozialistischer Leitung des Ministeriums begonnen. Eine der ersten Handlungen Dr. Kaisers war, daß er die Richtlinien Dr. Wünsches für die Einheitsschule demonstrativ in den Papierkorb warf. Wahrscheinlich, ohne sich näher darum gekümmert zu haben. Kein Wunder darum, daß in der geplanten „Neuordnung" die nach dem Einheitsprinzip gestaltete höhere Schule abgelehnt wird. Neue und wirklich stichhaltige Gründe für diesen Standpunkt werden nicht beigebracht. Sie sind im wesentlichen: die wissenschaftlichen Leistungen werden vermindert; da in andern Ländern die Reifezeugnisse einer so gearteten neuen Schule nicht anerkannt werden, wird die akademische Freizügigkeit geschmälert oder aufgehoben. — Diese Einwände sind alt, sie konnten mit guten Gründen ebensooft widerlegt werden, als sie erhoben wurden. Was sonst noch auf 2½ Seiten über das Thema geschrieben wird, zeigt, daß man das Problem der Einheitsschule noch immer nicht richtig erkennt, es verzerrt, unrichtig darstellt, um es ablehnen zu können. Wenn z. B. ist „tiefster Sinn" darin gesucht und gefunden wird, daß sie „eine einheitliche Gesinnung (!) bei der gesamten Nation hervorrufen" soll, so zeigt das schon zur Genüge, wie sehr man auf falscher Fährte ist. Gesinnung ist mehr als zuviel in der alten Lernschule gemacht worden; dieses System aber als das Wesen der Einheitsschule zu unterstellen, ist doch ein starkes Stück. In den Einleitungssätzen der Richtlinien Dr. Wünsches hieß es: „Die Aufgabe des gesamten Unterrichts besteht nach der formalen Seite in der planmäßigen Entfaltung aller guten Anlagen, die im Kinde vorhanden sind. Nach der inhaltlichen Seite sieht die Einheitsschule ihre Hauptaufgabe in der gründlichen Einführung in die Bildungsgüter der Gegenwartskultur, um die Schüler zur selbständigen Mitarbeit an den Aufgaben der Gegenwart vorzubereiten." Von „Gesinnung" ist da nicht die Rede. Man kann sich jedoch an „maßgebender Stelle" offenbar nicht trennen von dem alten Schema der Lehr- und Lernmethoden. Der Begriff der Einheitsschule werde oft „zu stark auf das Organisatorische gerichtet", heißt es in der Denkschrift. Das Organisatorische ist gewiß nicht die Hauptsache, es ist aber wichtig und unbedingt nötig für den Aufbau der Einheitsschule.

So soll also das zusammenhanglose Durch-, Neben- und Uebereinander der verschiedenen Schularten weiter bestehen! Statt daß man das gesamte Schul- und Erziehungswesen zu einer innerlich verbundenen organischen Einheit gestaltet. Die Volksschule, die gerade in Sachsen eine gute Grundlage für den weiteren Bau der Einheitsschule bietet, soll nach wie vor abseits und außerhalb des allgemeinen großen Bildungsgedankens bleiben. Die höheren Schulen sollen ihren privilegierten Charakter behalten. Damit ist diese „Neuordnung" als unzulängliches Pfusch- und Flickwerk gerichtet. Wie auch sonst die Reform aussehen mag.

Als Ersatz für die Einheitsschule wird hingewiesen auf die Aufbauschulen und Förderklassen, die — so wird behauptet — „ein wesentliches Ziel der Einheitsschule erfüllen können". Auch diese Bemerkung zeigt, wieviel man das Wesen der Einheitsschule begreift, oder — begreifen will. Dazu braucht man nicht pomphaft eine Reform anzukündigen und eine dicke Denkschrift herzustellen. Denn diese Einrichtungen bestehen bereits seit Jahren in Sachsen. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß besonders begabten Menschen, die keine höhere Schule besuchen konnten, das Hochschulstudium durch eine entsprechende Prüfung ermöglicht werden

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260929/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG